

POSITIONSPAPIER

# **ARBEITSPLÄTZE IN DER WINDENERGIE- BRANCHE ERHALTEN**

19. November 2019

## Vorwort

Die Windenergie bildet das unverzichtbare Kernstück der Energiewende nach dem Atom- und Kohleausstieg. Sie ist eine etablierte Technologie, die kostengünstig und volkswirtschaftlich unschlagbar ist. Derzeit kostet die Erzeugung von Energie mit Windkraft 6,2 Cent/kWh.

Dennoch werden derzeit tausende deutsche Arbeitsplätze in dieser Branche gestrichen, weil der Ausbau in der Bundesrepublik stockt. Wir haben vor dieser Entwicklung lange gewarnt. Unsere bündnisgrünen Vorschläge helfen, die Branche wieder auf die Beine zu stellen.

## Mehr Flächen ausweisen

- Ein bundesweites Flächenziel von zwei Prozent zur Ausweisung von Windnutzungsflächen soll gesetzlich vorgegeben werden.
- Starre Abstandregelungen werfen die Planung zur Ausweisung von Windnutzungsflächen in den Bundesländern um Jahre zurück und berücksichtigen nicht die regionalen Gegebenheiten. Die durch den Bund geplante starre Abstandsregelungen von 1000 Metern zu jeder Wohnbebauung ab fünf Gebäuden verringert zudem die verfügbare Fläche für Windkraftnutzung massiv.
- Bisher sind nur rund ein Prozent der Landesfläche als Vorrang- und Eignungsgebiete für die Windenergie in den regionalen Entwicklungsplänen ausgewiesen. Ein 2-Prozent-Flächenziel zur Ausweisung von Windnutzungsgebieten ist im Landesentwicklungsgesetz zu verankern, um Repowering zu ermöglichen und damit ungünstige Standort mit alten Anlagen aufgeben zu können. Nur so können die Klimaschutzziele erreicht werden.
- In Umsetzung des Flächenziels des Landes sind die Regionalen Planungsgemeinschaften dabei zu unterstützen, ebenfalls grundsätzlich zwei Prozent ihrer Flächen zur Windnutzung in den jeweiligen regionalen Entwicklungsplänen als Vorrang- und Eignungsgebiete auszuweisen.
- Es sind alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Vorrang- und Eignungsflächen für Windenergie im Land auszuweisen.
- Es muss unverzüglich geprüft werden, welche Flächen stillgelegter Braunkohletagebaue zur Ansiedlung von Energieparks geeignet sind.
- In der Nähe von Gewerbegebieten, Straßen, Stromtrassen und weiterer Infrastruktur gibt es auch in Sachsen-Anhalt noch ein Flächenpotenzial für Windkraftanlagen. Die Ausweisung dieser konfliktärmer zu bebauenden Flächen wird zurzeit durch starre Abstandsregelungen verhindert.
- Die Regelung zur Flugsicherung muss an internationale Standards angepasst werden, sodass die Abstandsregelung zu Navigationshilfen der Luftfahrt (Drehfunkfeuer) reduziert werden kann.

## **Ausbaudeckel abschaffen**

Der jährliche Ausbaudeckel des Bundes für die Onshore-Windenergie muss unverzüglich aufgehoben werden.

## **Bürgerwindanlagen ermöglichen**

Bürgerwindanlagen dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Dieses Anliegen findet sich auch in der EU-Erneuerbaren-Energien-Richtlinie wieder. Sie ist so ins deutsche Recht umzusetzen, dass Bürgerwindanlagen bzw. Bürgerwindparks bis zu einer gewissen Größe nicht am Ausschreibungsverfahren teilnehmen müssen.

## **Rechtssicherheit bei Interessenskonflikten mit dem Naturschutz**

Wir nehmen den Interessenskonflikt zwischen Naturschutz und Windenergieausbau ernst. Daher gilt es den Leitfaden „Artenschutz an Windenergieanlagen“ von Sachsen-Anhalt anzuwenden. Mit einem bundesweit gültigen Online-Artenschutzportal muss die Informationsbereitstellung beschleunigt werden.

## **Kommunen finanziell beteiligen**

Die Energiewende lebt von der Akzeptanz der Bevölkerung. Eine bundesweit einheitliche und regelmäßige finanzielle Beteiligung von Standort- und Anrainerkommunen sollte eingeführt werden. Den Kommunen im Land sollen Handlungsmöglichkeiten bei der wirtschaftlichen Betätigung mit erneuerbaren Energien ermöglicht werden.

## **Verbindlicher Kohleausstieg und Löschung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate**

Per Bundesgesetz muss ein ambitionierter und verbindlicher Fahrplan zur Stilllegung von Kohlekraftwerken festgeschrieben werden. Die dadurch freiwerdenden CO<sub>2</sub>-Zertifikate müssen aus dem europäischen Emissionshandel gelöscht werden.

## **Genehmigungsverfahren straffen und digitalisieren**

An den Genehmigungsverfahren sind viele unterschiedliche Behörden beteiligt. Daher sollte Digitalisierung genutzt werden, um den Informationsaustausch zwischen den Behörden zu beschleunigen und damit den Genehmigungsstau durch sinnvollen Bürokratieabbau aufzulösen.

Wir wollen eine Evaluierung der Genehmigungsverfahren im Land durchführen, um Potenziale für Bürokratieabbau und zügigere Bearbeitung bei gleichbleibend hoher Qualität zu identifizieren.